

ZU DIESEM HEFT

»Milliarden von Ursachen« und Folgen des Krieges

Seit dem 24. Februar ist die Welt – zumindest für die meisten Menschen in Europa¹ – eine andere. Zerstörte Städte, Massenflucht, unzählige zivile Opfer bis hin zu bestialischen Massakern – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat unvorstellbares Leid über die Menschen gebracht und vermeintliche Gewissheiten über Demokratie und Frieden in Europa erschüttert. Dass Wladimir Putin als unmittelbarer Aggressor die Hauptschuld an diesen Verbrechen trägt, ist unumstritten. Dennoch kommen wir nicht umhin, nach den Bedingungen zu fragen, die die Konflikteskalation sowie die Entstehung und den Verlauf des Krieges mitbegünstigt(t)en. Tolstoi schreibt am Anfang des zweiten Bandes von *Krieg und Frieden*, dass etwas derart Gewaltiges wie ein Krieg nicht durch den Willen eines einzelnen Menschen – des Zaren, Militärführers oder Präsidenten – begonnen werden kann. Im Gegenteil, um eine Katastrophe solchen Ausmaßes herbeizuführen, müssten »Milliarden von Ursachen« zusammenwirken. »Millionen von Menschen, in deren Händen die wirkliche materielle Kraft« liegt – die Soldaten, die schießen oder den Proviant und die Waffen transportieren –, müssten sich bereitwillig zeigen, den Willen des Befehlshabers zu erfüllen, wozu sie wiederum eine »zahllose Menge komplizierter, mannigfaltiger Ursachen« veranlasste.² Um einen Krieg zu führen, braucht es nicht nur Generäle, die die Taktik planen, und folgsame Soldaten, sondern auch Journalistinnen und Nachrichtensprecher, die die Propagandamaschinerie befeuern, sowie Bürgerinnen und Bürger, die ihn befürworten oder sich zumindest damit arrangieren.

Die russische Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen wäre jedoch verfehlt. Nach der Invasion in die Ukraine gingen Zehntausende auf die Straße und nahmen damit das Risiko drakonischer Strafen auf sich. Viele sahen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Der Protest von Oppositionellen und Kriegsgegnerinnen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein beachtlicher Teil der russischen Bevölkerung den Krieg gegen die Ukraine befürwortet oder mit einer, wie der Historiker Gerd Koenen gezeigt hat, geschichtlich wiederkehrenden »habituellen Bereitschaft zur autoritä-

1 Zur Sicht des Globalen Südens auf den Ukraine-Krieg vgl. Johannes Plagemann 2022. »Wir sind nicht alle«, in ZEIT ONLINE vom 28. März 2022. www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/westm-achte-ukraine-krieg-globaler-sueden-sanktionen (Zugriff vom 21.04.2022).

2 Lew N. Tolstoj 2001. *Krieg und Frieden*, Band 2, S. 1058. Frankfurt a. M.: Insel Verlag.

ren Verehrung und einem diensteifigen Gehorsam³ zumindest hinnimmt. Ein eindrückliches Beispiel sind die über 700 Rektorinnen und Rektoren der wichtigsten Bildungseinrichtungen Russlands, die die »unter Schmerzen errungene, aber notwendige Entscheidung« Putins, »eine Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine durchzusetzen«, unterstützen und sich dazu verpflichtet haben, »die Jugend zum Patriotismus zu erziehen«.⁴

Selbstverständlich dürfen die Machtstrukturen in einer Diktatur – das Geflecht aus Repression und Angst, Lüge und Misstrauen, die Propaganda, die zur Rechtfertigung der Situation und Verschleierung der Gräueltaten beiträgt – nicht verkannt werden, wenn es darum geht, das Verhalten dieser Menschen zu erklären. Antiwestliche Verschwörungstheorien werden vom Kreml seit vielen Jahren als politisches Instrument genutzt, um sich die Zustimmung der Bevölkerung zu sichern. Während sie lange Zeit randständig blieben und insbesondere in marginalisierten gesellschaftlichen Milieus eine Anhängerschaft fanden, beginnen sie spätestens seit der Annexion der Krim ins Zentrum der Gesellschaft und politischen Diskussion vorzurücken.⁵ Der Westen wolle Russland schwächen und benutze die Ukraine für seine geopolitischen Interessen. Dieses zentrale Motiv verschwörungstheoretischen Denkens ist in Russland mittlerweile mehrheitsfähig und dürfte dazu beitragen, dem Regime und seiner »Spezialoperation« – so lautet der Krieg gegen die Ukraine in Russland offiziell – in der Bevölkerung Legitimität zu verschaffen.

Um die weitgehende Zustimmung der russischen Bevölkerung zu Putins Krieg zu erklären, könnten auch andere kulturelle Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Folgt man dem Religionssoziologen Detlef Pollack, hat die enge Allianz von Kirche und Staat die breite Akzeptanz für Putins Regime und seinen Krieg gegen die Ukraine wesentlich begünstigt.⁶ Seit Jahren unterstützt der Patriarch Kyrill I. die politische Linie des Kremls. Für den Krieg gegen die Ukraine liefert er eine metaphysische Rechtfertigung: Hier kämpfen gute gegen böse, himmlische gegen höllische Kräfte. Russland müsse sich gegen westliche Mächte und demokratische Werte wie Meinungsvielfalt und kulturellen Pluralismus schützen und für seine bedrohte Identität eintreten. Was der Patriarch sagt, hat in der russischen Bevölkerung Gewicht. Zwischen 1990 und 2020 ist Pollack zufolge die Zahl der

3 Gerd Koenen 2022. »Autokratischen Herrschern hilflos ausgeliefert«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. März 2022, S. 14.

4 Ebd.

5 Il'ja Jablokow 2015. »Feinde, Verräter, Fünfe Kolonnen. Verschwörungstheorien in Russland«, in *Osteuropa* 65, 4, S. 99–104.

6 Detlef Pollack 2022. »Der heilige Krieg des Patriarchen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. März 2022, S. 11.

jenigen, die sich mit der russischen Orthodoxie identifizieren, von einem Drittel auf zwei Drittel gestiegen, die Zahl der Gläubigen von 44 auf 78 Prozent. Dieser Zuwachs sei weder auf Tradition noch auf soziale Angebote der Kirche zurückzuführen, sondern darauf, dass die orthodoxe Kirche nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zur Trägerin nationaler Identität aufgestiegen sei, die die Erinnerung an die einstige Größe Russlands wachhalte. Das religiös aufgeladene Nationalbewusstsein verbindet sich laut Pollack mit nationalen Demütigungsgefühlen nach dem Zerfall der Sowjetunion, aus denen sich Putins und Kyrills Bemühen um die Wiederherstellung eines imperialen Russlands speist.

Die Suche nach den »Milliarden von Ursachen« und den Bedingungen, die die Konfliktescalation begünstigten, erstreckt sich weit über die russischen Grenzen hinaus. In öffentlichen Debatten wird auch Deutschland und der ehemaligen Kanzlerin Angela Merkel eine Mitverantwortung zugeschrieben. Hat sie mit dem 2014 unterzeichneten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine zu wenig Rücksicht auf Putin genommen? Sie hätte wissen müssen, so lautet ein Vorwurf, dass es Russland provozieren würde. Von anderen wird sie dafür kritisiert, zu viel Rücksicht auf Putin genommen zu haben. Mit der Verhinderung einer schnellen Aufnahme der Ukraine in die NATO auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 habe sie die Besetzung der Krim überhaupt erst möglich gemacht.⁷ Herfried Münkler hat in einem Interview mit der ZEIT nicht nur die politischen Eliten, sondern auch die Politikwissenschaft kritisiert. Von beiden sei das Worst-Case-Szenario eines russischen Angriffskrieges gänzlich verdrängt worden, was sein Eintreten auf paradoxe Weise begünstigt haben dürfte. »Diese Aversion gegenüber dem Denken in Worst-Case-Szenarios betrifft [...] nicht nur die Politik selbst, sondern gilt auch für mein Fach der Politikwissenschaft. Im Bereich der internationalen Beziehungen war ein normativer Institutionalismus dominierend, so dass die wenigen, die in realpolitischen Kategorien gedacht haben, an den Rand gedrängt wurden. Insofern ist die aktuelle Situation auch das Desaster einer bestimmten Wissenschaftsrichtung.«⁸ Diesen Seitenhieb gegen die Akademie, den Münkler hier nicht weiter ausführt, wollen wir zum Anlass nehmen, um uns mit der Rolle der Politikwissenschaft und der Internationalen Beziehungen in diesem Krieg intensiver zu beschäftigen. Eröffnet wird diese Debatte von Roland Czada, der in seinem Beitrag die These vertritt, dass eine realistische, an Machtausgleich orien-

7 Michael Bauchmüller, Stefan Braun, Daniel Brössler, Nico Fried 2022. »Ist Merkel schuld? Deutschland hat durch sein Appeasement Russlands gewaltsame Expansion ermöglicht – dieser Vorwurf steht im Raum. Eine historische Rekonstruktion«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 19./20. März 2022, S. 8.

8 Siehe www.zeit.de/kultur/2022-02/herfried-muenkler-ukraine-russland-geopolitik (Zugriff vom 21.04.2022).

tierte Außenpolitik des Westens nach dem Ende der Sowjetunion die Konfliktescalation womöglich verhindern könnten, weil sie der Geschichte und Konfliktlage in der Ukraine eher entsprochen hätte als die von US-amerikanischen Neokonservativen verfolgte *nation building*-Programmatik. Insbesondere die vom Realismus ins Spiel gebrachte, jedoch verworfene Idee einer neutralen, föderativ verfassten Ukraine hätte die Sezessionsbestrebungen in Teilen der Ukraine einerseits und die russischen Machtansprüche andererseits bannen können. Czada verweist auf die Grenzen wertebasierter Außenpolitik und wirft die Frage auf, ob der außen- und sicherheitspolitischen »Zeitenwende« infolge des Ukraine-Krieges nicht auch eine entsprechende Kehrtwende in den wissenschaftlichen Debatten folgen sollte.

Die heutige Situation in Europa erinnert – trotz vieler Unterschiede – an die Energiekrisen der 1970er Jahre. 1973 haben arabische Staaten in der Folge des israelischen Sieges im Jom-Kippur-Krieg ihre Öllieferungen so stark gedrosselt, dass der Preis für Rohöl um das Vierfache anstieg. Die unmittelbaren politischen Reaktionen hierzulande waren – anders als heute – bemerkenswert: autofreie Sonntage, ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen, das Absenken der Raumtemperatur in Bundesbehörden auf max. 20 Grad, der Verzicht auf Straßen- und Schaufensterbeleuchtung. Selbst der ADAC entschied sich dafür, Motorsportveranstaltungen auszusetzen, und empfahl seinen Mitgliedern sparsames Fahren. Im Angesicht der Energieknappheit einigten sich die westlichen Industriestaaten nicht nur darauf, gemeinsam Energie einzusparen, sondern auch stärker auf erneuerbare Energien zu setzen – ein Vorhaben, das spätestens mit dem Rückgang des Ölpreises und den neuen konservativen Regierungen der 1980er Jahre international an Fahrt verlor. Eine der bedeutsamsten Reaktionen war die Diversifikation der Energieversorgung, die nicht nur die Erschließung eigener Öl- und Gasvorkommen zur Folge hatte, sondern zum Teil auch den intensiven Energiehandel mit Russland erklärt.⁹

Angesichts des Ukraine-Krieges stehen viele Länder Europas auch heute vor klimapolitischen Herausforderungen. Wenngleich das Einsparen von Energie von der Politik bei weitem nicht mit der gleichen Entschiedenheit angegangen wird wie damals, fühlen sich Umwelt- und Klimaschützerinnen bestätigt. Die Energiewende scheint aufgrund der Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten dringlicher denn je (zur Rolle Ostdeutschlands für die Energiewende vgl. den Beitrag von *Heinz Bude* und *Inga Haese* in diesem Heft). Auf der anderen Seite braucht es schnelle Lösungen, die erneuerbare Energien aufgrund ihrer weiterhin begrenzten Verfügbarkeit nicht bieten können. Die Suche nach neuen Handelspartnern für fossile

9 Frank Bösch 2022. »Pulli gegen Putin?«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. April 2022, S. 6.

Energieträger entpuppt sich jedoch als Dilemma. Während das Abkommen über den Import von Flüssiggas aus Katar das Problem der Abhängigkeit von autoritären Regimen nur verlagert, scheint es klimapolitisch – vergleicht man es mit den ebenfalls geplanten Flüssiggasimporten aus den USA – immerhin das kleinere Übel zu sein. Das liegt nicht nur daran, dass das Flüssiggas aus den USA nach Europa eine weitere Strecke zurücklegen muss, sondern auch am hohen CO₂-Ausstoß bei seiner Gewinnung durch Fracking. Anders als Erdgas aus Katar oder Russland ist ein Großteil des aus den USA stammenden Gases ursprünglich in undurchlässigem Gestein eingeschlossen, bei dessen Aufspaltung ein erheblicher Teil des Methans unkontrolliert entweichen und das Klima schädigen kann¹⁰ – mitunter ein Grund, warum dieses sogenannte unkonventionelle Fracking in Deutschland verboten ist. Darüber hinaus wird befürchtet, dass der aufwändige und zeitintensive Neubau fossiler Infrastrukturen für den Import von Flüssiggas die dauerhafte Nutzung fossiler Brennstoffe begünstigen und die Energiewende weiter hinauszögern könnte.

Diese Entwicklungen lenken den Blick auf die Grenzen des Nachhaltigkeitsparadigmas, die *Andreas Folkers* zufolge in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten mehr Aufmerksamkeit verdienen sollten. Er versteht Nachhaltigkeit als politische Technologie, mit der versucht wird, durch einen schonenden Umgang mit Ressourcen zukünftige ökologische Probleme vorsorglich zu vermeiden. Die Frage nach dem Umgang mit bereits eingetretenen, unumkehrbaren Umweltschädigungen – die zunehmende Anhäufung ökologisch folgenreicher Abfallprodukte wie CO₂ oder Atommüll etwa – könnte damit allerdings nicht adressiert werden. Als Alternative schlägt er das Konzept der Resilienz vor, das ökologischem Handeln »nach der Nachhaltigkeit« Orientierung geben könnte. *Karl-Werner Brand* kann Folkers Überlegungen zum Resilienz-Konzept einiges abgewinnen, plädiert in seiner kritischen Revue der Nachhaltigkeits- und Transformationsdebatte der vergangenen Hefte jedoch gleichzeitig dafür, am Nachhaltigkeitsansatz festzuhalten und diesen zu schärfen.

Dass es sich bei Erderwärmung und Klimawandel um menschengemachte Phänomene handelt, gilt als wissenschaftlich gesichert. Dennoch gibt es weiterhin Bewegungen, Parteien sowie Politikerinnen und Politiker, die dies infrage stellen. Als der ehemalige US-Präsident Donald Trump 2017 die Erderwärmung als Schwindel bezeichnet und angekündigt hatte, Umweltschutzmaßnahmen abzuschaffen und Gelder für Forschungseinrichtungen zu kürzen, hat dies Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit dazu bewegt, auf dem »March for Science« für den Wert von Forschung und

10 Marlene Weiss 2022. »Wie klimaschädlich ist Flüssigerdgas?«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 23. März 2022, S. 14.

Wissenschaft sowie gegen »alternative Fakten« zu demonstrieren. Dabei, so kritisiert unser Autor *Frieder Vogelmann*, sei allerdings ein »faktenversessener Szientismus« propagiert worden, der »innerwissenschaftliche Alternativen zu einem positivistischen Verständnis von Fakten, Objektivität und Methoden auszgrenzen bemüht war«. Demgegenüber plädiert er in seinem Beitrag für ein »realistisches Verständnis« wissenschaftlicher Praktiken, das sowohl die Vielfalt der Wissenschaften (Pluralität), die Geschichtlichkeit ihrer Praktiken (Historizität) und die Einbettung ihrer Erkenntnisse in soziale Strukturen, politische Konflikte und institutionelle Zusammenhänge (Kontextualität) berücksichtigt, ohne zugleich einem Relativismus anheimzufallen. *Bernd Ladwig* teilt in seiner Replik Vogelmanns Interesse, die Wissenschaften ohne falsche Idealisierung zu verteidigen, kann seinem Weg dorthin allerdings nicht folgen. Er kritisiert Vogelmanns normativ unklares Wahrheitsverständnis, das auf wahre und falsche Überzeugungen gleichermaßen anwendbar sei, und plädiert dafür, Wissenschaft stattdessen als institutionalisierte Kritik aufzufassen.

Als in den 1970er Jahren angesichts der Ölknappheit die Energiepreise stark anstiegen, befanden sich die westlichen Industriestaaten nach Jahrzehntelanger Prosperität in einer historisch neuartigen Situation, die unter dem Begriff der »Stagflation« in die Geschichte eingegangen ist: Er bezeichnet eine anhaltende Konjunkturschwäche bei gleichzeitig hohen Teuerungs- raten. In einer ähnlichen Situation befinden wir uns heute, was die Europäische Zentralbank (EZB) als Hüterin der Preisstabilität vor große Herausforderungen stellt. Einerseits verlangen Rezessionserwartungen, an der Politik des billigen Geldes festzuhalten, um Investitionsanreize zu setzen und die Wirtschaft zu stützen. Andererseits treibt der Krieg die ohnehin hohe Inflation so weit nach oben, dass Erinnerungen an die Lohn-Preis-Spirale der 1970er Jahre wach werden und die Frage nach einer Zinswende im Raum steht, um die Geldentwertung einzudämmen. Das würde erstmals eine Abkehr von der nun schon seit über einem Jahrzehnt währenden Niedrig- und Negativzinspolitik bedeuten, die die EZB damals infolge der Finanz- und Staatsschuldenkrise eingeleitet hat. Vor diesem Hintergrund lohnt es, sich diese geldpolitische Zäsur, ihre Ursachen und Folgen noch einmal zu vergegenwärtigen.

In der Forschung ist man sich weitgehend einig, dass die Niedrigzinspolitik eine Reaktion auf grundlegende Veränderungen an den Kapitalmärkten darstellt, die als »Große Divergenz« zwischen Kapitalangebot und -nachfrage beschrieben werden. *Christoph Deutschmann* weist in seinem Beitrag die in der Ökonomie verbreitete Vorstellung zurück, diese Lücke sei auf eine demografisch (durch die Alterung der Bevölkerung) bedingte Steigerung der Sparquoten zurückzuführen, also angebotsseitig zu erklären. Demgegen-

über betont er die Bedeutung des selbstreferentiellen Akkumulationsmodus der Finanzmärkte für das Überangebot an Kapital, sieht den eigentlichen Grund für die »Große Divergenz« jedoch in einer sich verschlechternden Innovations- und Wachstumsdynamik und »strukturell bedingten Erosion unternehmerischer Potenziale«, also auf der Nachfrageseite. *Hagen Krämer* und *Carl Christian von Weizsäcker*, die Deutschmann in seiner Kritik direkt anspricht, untermauern in ihrer Replik den von ihnen vertretenen Sparquoten-Ansatz, während sie gleichzeitig auf die Schwächen in Deutschmanns Argumentation verweisen.

In den 1970er Jahren hat die Deutsche Bundesbank – anders als viele andere Notenbanken wie die US-Notenbank oder die Bank of England – beschlossen, mit einer Anhebung des Leitzinses auf die hohen Inflationsraten zu reagieren. Ob die EZB diesem historischen Vorbild folgen wird, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Die Entscheidung dürfte ihr angesichts der damit verbundenen Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung nicht leichtfallen.

Claudia Czingon